

Führungs- und Orientierungsfähigkeit ist das Gebot der Stunde für die CDU

Zurück zur Politik!

Rupert Scholz

Die andauernde Spendenaffäre der CDU hat diese, wie für jedermann offensichtlich ist, in eine schwere Krise gestürzt. Obwohl sich die Spitzen der Partei – von Berlin bis Wiesbaden – nachdrücklich um Aufklärung und Bereinigung bemühen, die Partei insgesamt scheint wie erstarrt oder gelähmt. Tag für Tag wird nichts mehr als der mordendliche Blick in die Medien gefürchtet, könnte doch wieder eine neue Schreckens- oder auch nur (mitunter als solche aufgebauschte) Tatarenmeldung über das Finanzgebaren der CDU Schlagzeile oder Aufmacher sein. Dies alles dauert nun schon Wochen an und wird vom politischen Gegner wie von den Medien genüsslich weiter betrieben und weiter genährt. Naturgemäß ist die Kritik am Gegenspieler, dessen Finanzgebaren eingeschlossen, das gute Recht einer jeden politischen Partei; und ebenso ist es das gute Recht, ja sicherlich auch die Aufgabe der Medien, Letzterer vor allem in ihrer Funktion als Repräsentant einer für die Demokratie unverzichtbaren kritischen Öffentlichkeit, Missstände mit aufzudecken, mit aufzuklären und darüber zu informieren.

Vor allem Medienschelte wäre demgemäß das Unklügste, was von Seiten der CDU heute unternommen werden könnte. Andererseits müssen sich die Medien zunehmend, wiederum und gerade in ihrer Funk-

tion als Repräsentant einer demokratischen, kritischen Öffentlichkeit fragen lassen, ob es wirklich länger angängig ist, nahezu nur noch über die Parteispenden und das Finanzgebaren der CDU zu berichten und alles das beiseite zu lassen oder gar zu verdrängen, was die CDU politisch für das Land leistet, was sie vor allem auf der Bundesebene in der ihr seit 1998 zugefallenen Oppositionsrolle vertritt, geltend macht und in die kritische Auseinandersetzung mit der rot-grünen Koalition einbringt.

Wenn man vor allem das medienmäßig vermittelte Bild der deutschen Politik heute betrachtet, so könnte man leicht den Eindruck gewinnen, als fände Sachpolitik in Deutschland gar nicht mehr statt. Dies betrifft vor allem natürlich die Berichterstattung über die CDU, dies betrifft aber ebenso die zum Teil noch skandalträchtigeren Vorfälle in der SPD, die sich vor allem mit den Namen Hombach, Glogowski, Schleußer oder Rau verbinden. Denn in diesen letzteren Fällen geht es nicht nur um finanzrechtliche Verstöße gegen das Parteiengesetz, sondern in diesen Fällen geht es in aller Regel auch um die persönliche Vorteilsannahme einzelner Politiker beziehungsweise politischer Funktionsträger allgemein. Natürlich ist dies ein buchstäblich „gefundenes Fressen“ für vor allem jenen Bereich unserer Medien, der sich unter derso gern als angeblich ganz be-

sonders moralisch qualifizierten Flagge des so genannten „Investigationsjournalismus“ versammelt.

Wiederum und um keinen falschen Zweifel aufkommen zu lassen: Die Medien haben ihre kritische Funktion, sie haben ihre letztendlich im Demokratieprinzip wurzelnde Kontrollfunktion gegenüber dem gesamten politisch-öffentlichen Leben, und sie sind sicherlich auch aufgerufen, gegebenenfalls mit den Mitteln des „Investigationsjournalismus“ dieser öffentlich-kritischen Verantwortung gerecht zu werden.

Andererseits müssen sich die Medien aber zunehmend auch fragen lassen, ob sie nicht für jenen eigentümlichen Gesamteindruck im Lande verantwortlich sind oder doch für diesen maßgebend Verantwortung mittragen, der sich auf die relativ kurze und bündige Formel bringen lässt: Sachpolitik findet in Deutschland scheinbar gar nicht mehr statt.

Tarnender Nebel

Die rot-grüne Koalition in Berlin, wegen ihrer großen politischen Fehler gerade im Jahre 1999 schwer ins Schlingern geraten, nutzt die Stunde und ist in ihren politischen Aktivitäten – um es vorsichtig zu formulieren – äußerst zurückhaltend geworden. Man vertraut gewissermaßen darauf, dass der politische Gegner, die CDU, nur noch mit sich selbst und der eigenen Reinigung befasst sei, dass die Medien diese Ereignisse Tag für Tag zur Schlagzeile erheben und dass damit die eigenen politischen Aktivitäten gleichsam im tarnenden Nebel einer ganz anders präformierten Medienöffentlichkeit verborgen werden können. Eine Medienöffentlichkeit, die über die gegebenen sachpolitischen Fragen, Probleme und Auseinandersetzungen im Lande nur noch

am Rande berichtet, wird – sicher ungewollt – gleichsam zum Bündnispartner und Stabilisator einer Regierungsmehrheit, die ihre Politik kaum noch öffentlich erklären oder rechtfertigen muss, die sich zunehmend mehr in dem sicheren Gefühl wiegen darf, dass sie eigentlich alles tun kann, was sie will, ohne dass die Öffentlichkeit hierüber ausführlicher beziehungsweise kritisch informiert wird. Und wie ein Geschenk des Himmels fällt dieser Regierungsmehrheit noch ein politischer Meinungs-beziehungsweise Stimmenzuwachs zu, wie sich an den für die CDU zum Teil schon katastrophalen Meinungsumfragen widerspiegelt.

Verstöße reparieren

So erscheint es ganz schlüssig, wenn etwa Spitzen der rot-grünen Koalition dem Bürger öffentlich immer wieder versichern, dass die Spendenaffäre der CDU „keine Staatskrise“ darstelle, dass es sich vielmehr und nur um ein Problem der CDU selbst handle und dass das Land in den Händen der rot-grünen Politik bestens aufgehoben sei. („Wir machen unsere Arbeit.“)

Es ist sicher richtig, dass die Spendenaffäre der CDU (und ebenso jene Affären der SPD) keine „Staatskrise“ ausgelöst haben. Es handelt sich unveränderlich und allein um Tatbestände eines zum Teil massiven Fehlverhaltens von politischen Parteien, namentlich um Verstöße gegen die finanziellen Vorschriften des Parteiengesetzes; und diese Verstöße müssen aufgeklärt, müssen repariert werden – gegebenenfalls auch unter Einschluss der unabhängigen Justiz und ihrer uneingeschränkt funktionstüchtigen Organe. Ein kritisches Wort ist in diesem Zusammenhang allerdings gegenüber der ersten Entscheidung des Bundestagspräsidenten zum Rechenschaftsbericht der

CDU anzumerken. Der Bundestagspräsident hat der CDU bekanntlich eine „Geldstrafe“ in Höhe von 41 Millionen D-Mark aufgelegt, obwohl das Parteiengesetz in dieser Frage keineswegs derart definitiv entschieden hat. Das Parteiengesetz fordert unbedingte Rechenschaftslegung der Parteien, und dies mit Recht. Dieser Pflicht ist die CDU aber durchaus nachgekommen. Der Bericht war zunächst nur unvollständig beziehungsweise fehlerhaft, weil die Kenntnisse über die hessischen Gelder in der Schweiz noch nicht bekannt waren. In diesem Sinne unvollständige beziehungsweise fehlerhafte Rechenschaftsberichte sind aber, wie das Parteiengesetz gerade in seiner Entstehungsgeschichte belegt, nicht mit der schlichten Nichtabgabe eines Rechenschaftsberichts gleichzustellen. Es ist bedauerlich, dass der Bundestagspräsident dies nicht beachtet hat. Wenn die CDU gegen die Entscheidung des Bundestagspräsidenten klagt, so hat sie durchaus gute Erfolgsschancen. Was aber noch schwerer wiegt: Die Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die Finanzpraxis der politischen Parteien insgesamt ist durch eine solche fragwürdige Entscheidung keineswegs gefördert, sondern eher beschädigt worden.

Politikkrise

Ganz unabhängig hiervon ist aber eines mit Sicherheit festzuhalten: Es liegt keine „Staatskrise“ vor, es liegt andererseits aber durchaus und unbestreitbar eine Politikkrise vor – Politikkrise in dem Sinne, dass der Bürger zunehmend den Eindruck gewinnen muss, dass Sachpolitik in Deutschland kaum noch stattfindet, dass sich „Politik“ zunehmend auf innerparteiliche Probleme reduziert; ein Eindruck oder eine Beobachtung wiederum, die durch die ge-

schilderte Informationspolitik der Medien Tag für Tag mehr erweckt oder bestärkt wird. Auch die Parteien selbst, namentlich die CDU, tragen zu diesem Eindruck allerdings nicht unmaßgeblich bei. Wenn die politische Lähmung, die die CDU leider zunehmend ergriffen hat, sich nur noch oder doch hauptsächlich darin widerspiegelt, dass man auch nach außen den Eindruck erweckt, man sei nur noch mit sich selbst und der eigenen Korrektur innerparteilicher Fehlentwicklungen befasst, wenn man, zumeist ebenso undifferenziert oder von Einzelnen auch mit durchschaubarem Eigeninteresse so artikuliert, nur noch davon spricht, dass sich „die Partei erneuern“ müsse, dass bestimmte „Personalentscheidungen getroffen werden müssten“, so trägt dies nicht nur zum vorstehend skizzierten Öffentlichkeitsbild bei, sondern dies erweckt zunehmend auch den Eindruck, als ob die CDU als große politische Kraft, als maßgebende Volkspartei der bürgerlichen Mitte nicht mehr funktions- oder handlungsfähig sei.

Attraktive Programme

Wie falsch ist indessen dieser Eindruck! Die CDU besteht unverändert fort. Ihre politische Programmatik ist unverändert klar und, wie namentlich die vielen Wahlen im Jahre 1999 bewiesen haben, für den Wähler auch außerordentlich attraktiv. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bis zum Aufdecken jener Spendenaffäre in Berlin eine Oppositionspolitik betrieben, die vom Bürger außerordentlich honoriert worden ist, die die Schwächen der rot-grünen Koalition massiv offen gelegt hat und die auch die eigenen Mitglieder politisch mobilisiert hat. Die rund 650 000 Mitglieder der CDU stehen nach wie vor zu ihrer Partei, wie

sich vor allem an der verschwindend gering zu nennenden Zahl jener offenbart, die der Partei in den letzten Wochen durch Austritt den Rücken gekehrt haben. Die CDU besteht, und sie ist nach wie vor in jeder Hinsicht politisch vital, verfügt also auch über alle Voraussetzungen, unverändert ein maßgebender politischer Gestaltungsfaktor in Deutschland zu sein und zu bleiben. Eines der großen Erfolgsgeheimnisse der Bundesrepublik Deutschland und ihrer ersten stabilen Demokratie auf deutschem Boden liegt bekanntlich in der Schaffung und Existenz großer Volksparteien.

Wo die SPD den Weg zu einer solchen Volkspartei erst relativ spät, das heißt erst über ihr Godesberger Programm, geschafft hat, dort ist die CDU dies von Anfang an, seit den Tagen Konrad Adenauers gewesen. Die CDU ist unverändert die maßgebende Partei der politischen Mitte, und sie wird dies auch bleiben. Jeder, der heute so verzagt oder resigniert auf die Skandalmeldungen der Presse oder in der Furcht vor neuen Enthüllungen auf Pressekonferenzen oder Ähnlichem der Partei in eigener Sache starrt, muss im Grunde nur eines – wieder – begreifen: Es ist unbestreitbar, dass Teile der Partei schwere Fehler begangen haben. Die Verantwortung hierfür muss getragen werden; und dies geschieht bekanntlich auch. Die Partei braucht keine Personal-, sondern allein eine Strukturdebatte, die dort repariert und erneuert, wo, wie vor allem im finanziellen Bereich, Fehlerquellen und Unverantwortlichkeiten entstanden sind.

Führungs kraft bewahren

Eben dies ist eingeleitet, und eben dies wird mit Sicherheit erfolgreich bestanden werden. So notwendig dies alles ist, die Hauptaufgabe und Hauptverantwortung der CDU

liegt aber nicht in der Befassung allein mit sich selbst. Die Hauptverantwortung gerade einer so großen Volkspartei wie der CDU liegt darin, effektive Führungskraft im System unserer repräsentativen Demokratie zu sein, dem Bürger politische Orientierung und politische Konzeptionen anzubieten, wenn in der Opposition stehend, dann erfolgreiche Oppositionspolitik im Sinne einer überzeugenderen Alternative zur regierenden Mehrheit zu machen und damit dem verfassungsrechtlichen Grundauftrag sowie der verfassungsrechtlichen Grundlegitimation unserer parteienstaatlichen Demokratie gerecht zu werden. Eine Partei, die den Anschein erweckt, als beschäftige sie sich nur noch mit sich selbst, gerät in die Gefahr, diesen verfassungsrechtlichen Generalauftrag zu vernachlässigen; und wenn eine Partei dieser Gefahr erliegt, so stellt sie sich letztendlich selbst in Frage. Im Gegenteil, gerade in der ebenso aktiven wie durchaus erfolgreichen Aufarbeitung ihrer heutigen Finanzprobleme kann die CDU nicht nur ihre eigene Kraft zur Selbstreinigung, sondern auch ihre politische Vitalität insgesamt beweisen. Die CDU braucht sich buchstäblich nicht zu verstecken. Im Einständnis der begangenen Fehler kann und muss sie durchaus erhobenen Hauptes vor den Bürger treten und ihre grundlegende politische Gestaltungskraft für das Land insgesamt beweisen.

Sie muss schleunigst aus dem politischen Windschatten heraus, in den sie inzwischen geraten ist, in den sie auch manches überzogene Medienecho leider gedrängt hat. Rundfunk, Fernsehen und Presse verfügen in unserer heutigen Mediendemokratie über enorm viel Macht; dies weiß jeder. Andererseits sind die Medien keine politischen Gestaltungskräfte, sie repräsentieren nicht mehr als die kritische und informierende

politische Öffentlichkeit. Dies ist ihr Auftrag – nicht mehr und nicht weniger.

Medien ohne Gestaltungsmandat

Wenn die in der Demokratie maßgebenden politischen Gestaltungskräfte, also die politischen Parteien, aber den eigenen Gestaltungsauftrag und seine Vermittlung vernachlässigen, so wächst den Medien in der Tat auch ein – scheinbar eigenes – Gestaltungsmandat zu. Plötzlich sind sie es, und dies ist die Situation heute, die die politischen Themen nicht nur recherchieren, darüber informieren und diese kommentieren, sondern die auch die entscheidenden inhaltlichen Prioritäten zu setzen beginnen. Dies ist indessen nicht das Mandat der Medien, dies ist ausschließlich das Mandat der demokratisch gewählten Funktionsträger im Lande, also namentlich das der politischen Parteien. Hierauf muss sich die CDU schleunigst wieder besinnen. Sie muss ihre Energien mit Nachdruck darauf verwenden, wieder sachpolitische Themen in den Vordergrund zu rücken, die eigene Programmatik und die eigenen Konzepte wirksam in die Öffentlichkeit zu tragen und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wieder auf sachpolitischem Feld mit Kraft und Nachdruck zu führen. Gelingt dies, so werden auch die Medien sehr rasch wieder reagieren, werden auch die sachpolitischen Themen wieder die mediale Rollen spielen, die ihnen eigentlich und maßgebend gebührt.

Von der Steuerreform über die Gesundheits- bis zur Rentenreform, von der Arbeitsmarktpolitik bis zur Energiepolitik – die Themen, die für unser Land heute von buchstäblich existenzieller Bedeutung sind, liegen auf dem Tisch und fordern zukunftsfähige politische Antworten. Die CDU verfügt über

diese Antworten. Sie hat schon in der letzten Legislaturperiode wirklich zukunftsfähige Konzepte zur Steuerreform entwickelt; gescheitert ist sie bei deren Umsetzung lediglich an der Lafontaineschen Blockadepolitik, und die Ansätze der jetzigen Bundesregierung sind noch längst nicht brauchbar oder gar zukunftssichernd.

Existenzielle Anforderungen

Die CDU ist die erste politische Kraft im Lande gewesen, die die vor allem demographisch begründeten Probleme unserer Alterssicherung erkannt und reformpolitisch aufgenommen hat; Rot-Grün hat in dieser Frage bisher nur versagt. Das Gleiche gilt für die Gesundheitsreform. In der Energiepolitik verspielt Rot-Grün ein Stück wirtschaftlicher Zukunft des Landes über die unverantwortlichen Spielereien zum angeblich notwendigen Ausstieg aus der Kernenergie. Das Gleiche gilt für die verantwortungslosen Experimente mit der so genannten „Öko-Steuer“. Das Gleiche gilt unverändert für die abenteuerliche Arbeitsmarktpolitik mit dem so genannten „630-DM-Gesetz“. In der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik dilettiert die rot-grüne Koalition vor sich hin, verspielt zunehmend mehr den internationalen Kredit, den sich Deutschland vor allem unter Helmut Kohl erworben hat. Die zentralen Themen und grundlegenden Herausforderungen für unser Land liegen also auf der Hand. Diese Herausforderungen müssen wieder angenommen werden. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner muss endlich wieder offensiv geführt werden, die miteinander streitenden politischen Konzepte müssen auch von der Öffentlichkeit wieder als solche wahrgenommen und bewertet werden. Mit einem Wort: Unser Land braucht wieder eine

auch öffentlich wirksame, streitbare Demokratie. Nebenkriegsschauplätze gehören endlich wieder dahin, wo sie hingehören – nämlich heraus aus dem nebulösen Zentrum, in das sie vor allem die veröffentlichte Meinung gerückt hat.

Notwendige Opposition

Die CDU darf es nicht länger zulassen, dass etwa jenes zugespitzte Resümee „Deutschland ohne Opposition“ (*Die Welt* vom 9. Februar 2000) tatsächlich politische Realität wird. Die CDU darf die eigenen innerparteilichen Probleme nicht leugnen, sie muss diese lösen und die Wege finden, dass sich solche Affären nicht wiederholen können. Aber dies ist nur die eine Seite der Medaille, die andere Seite ist der unveränderte Grundauftrag der großen Volkspartei CDU, politische (Oppositions-)Kraft zu sein, dem Bürger politisch-inhaltliche Alternativen zur heutigen Regierungsmehrheit zu offerieren und damit wieder kraftvoller Partner wie

Kontrahent in der streitbaren Demokratie zu sein. Dies alles bedingt Mut, Entschlossenheit und vor allem innerparteiliche Geschlossenheit. Es ist kein Zufall, dass Demoskopene unsern politischen Parteien immer wieder bestätigen, dass sich die Akzeptanz, Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit einer Partei beim Bürger vor allem nach der Geschlossenheit bemessen, die eine Partei nach außen präsentiert. Denn so, wie der Bürger auch um politische Fehler und Mängel innerhalb der Parteien und ihrer Funktionsträger weiß, so empfindet er auch, wie sehr er auf geschlossene politische Parteien und deren Orientierungs- wie Führungskraft angewiesen ist. Deshalb fragt der Bürger vor allem bei politischen Wahlen danach, wie geschlossen und gerade deshalb glaubwürdig, weilführungs- und orientierungsfähig eine politische Partei ist, der ich meine Stimme geben kann und gegebenenfalls auch geben will. Dies zu erkennen und zu beherzigen ist die Aufgabe der Stunde für die CDU!

Hierarchie der Bequemlichkeit

„Die Aktion ‚Reisen mit der WestLB‘ hat nach Lage der Dinge nur den Zweck gehabt, den Vorgang des Reisens mit dem Privatflugzeug vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten. Durch die Verrechnung der Kosten mit dem Gewinnanteil des Landes waren die Flüge nicht sichtbar und wurden so sogar der Kontrolle des Rechnungshofs entzogen. Bei Publizität der Flüge wäre nämlich eventuell die Frage gestellt worden, für welche Anlässe und für welche ministerielle Zeitersparnis eigentlich wie viel Geld ausgegeben wurde. Subjektiv ist das Verhalten der Mitglieder der Landesregierung, zum Beispiel eines Finanzministers oder eines Ministerpräsidenten, nachzuvozziehen. Sie sehen, dass der Vorstandsvorsitzende ihrer ‚Tochter‘ die Landesaufgaben erfüllt und dazu intensiv Privatflugzeuge nutzt, die Kapitalgeber, die Aufsichtsführenden und ‚Herren‘ der Bank und des Muttergemeinwesens Land auf weniger zeitökonomische Linienflüge angewiesen sind. Das widerspricht gleichsam einer angenommenen Hierarchie der Bequemlichkeit.“

(Wolfgang Löwer am 13. März 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)